

Vor den Parlamentswahlen – Innenpolitische Entwicklungen und Erwartungen

Emre Aköz

Der Krieg um das Çankaya Palais

Die Türkei schaffte es nicht, in der vorgesehenen Zeit ihren 11. Staatspräsidenten zu wählen. Der Grund dafür liegt darin, dass die bürokratische Elite aus Angst vor dem Verlust einiger materieller und ideeller Privilegien im Zusammenschluss mit einigen Parteien die Wahl von Abdullah Gül, dem Kandidaten der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), der stärksten Partei im Parlament, verhinderte.

In den kommenden Jahren werden Politiker und zivile sowie militärische Bürokraten in ihren Erinnerungen oder in Reportagen erzählen, was sich alles wirklich abgespielt hat.

Vor den Parlamentswahlen – Innenpolitische Entwicklungen und Erwartungen

Doch bereits heute verfüge ich über einige wichtige Hinweise. Durch das Zusammenfügen dieser Hinweise lässt sich ein großer Teil der Geschichte darstellen.

Die Ereignisse oder zumindest ihre Vorbereitungen reichen bis ins Jahr 2004 zurück. Die Zeitschrift *Nokta* veröffentlichte ein umfassendes Tagebuch, das dem früheren Kommandanten der Marine Admiral Özden Örnek zugeschrieben wird.

Die Informationen im Tagebuch (ob es von ihm stammt oder nicht) werden von Journalisten mit militärischen Quellen „beinahe vollständig“ bestätigt.

2004 wurden zwei Putschpläne, einer unter dem Codenamen „sarı kız“ (Blondine) und einer mit dem Codenamen „ay ışığı“ (Mondlicht) vorbereitet.

Die eifrigsten Verfechter von „sarı kız“ waren der Kommandant der Gendarmerie General Şener Eruygur und der Kommandant der Luftwaffe General İbrahim Firtına. Auch der Flottenkommandeur sympathisierte mit dem Putsch. Der Kommandeur des Heeres, General Aytaç Yarman vertrat, dass die nötigen Bedingungen nicht gegeben seien und eine Erkundigung gezeigt habe, dass die Militäreinheiten nicht für einen Putsch seien.

Die Befürworter des Putsches sprachen auch mit Besitzern von Medien, um – ganz wie beim „postmodernen Putsch“ vom 28. Februar (1997) – ihre Unterstützung sicherzustellen.

Auf der anderen Seite arbeiteten einige Politiker und Angehörige der Medien mit den Putschisten zusammen.

Gemäß des angesprochenen Tagebuchs gehörten zu ihnen der frühere Parlamentspräsident Ömer İzgi (MHP – Nationalistische Aktionspartei), der frühere Diplomat und Politiker Coşkun Kırca

sowie der Journalist Mehmet Ali Kışlalı, der für seine Nähe zum Militär und seine harte laizistische Haltung bekannt ist und immer noch für die, eine demokratische Linie verfolgende, Tageszeitung Radikal schreibt.

Der Plan erreichte sein Ziel nicht.

Aus diesem Grund entwarf der Gendarmeriekommandant General Eruygur auf eigene Initiative den Plan „ay ışığı“. Doch auch der blieb unvollendet.

Einer der wichtigen Faktoren, die den Putsch verhinderten, war General Hilmi Özkök, der Chef des Generalstabes, der für eine demokratische Linie eintrat und sein möglichstes zur Verhinderung eines Putsches tat.

Als das Putschtagebuch von der Nokta veröffentlicht wurde, sagte Hilmi Özkök nicht, dass es so etwas nicht gegeben habe. Er zog es dagegen vor, zu erklären, dass ein Strafverfahren eingeleitet sei und die Tatsachen ans Licht kommen werden. Diejenigen, die die militärischen Gepflogenheiten kennen, kommentierten die Erklärung Özköks als Bestätigung. Hätte ein Kommandant erklärt, es habe ein solches Ereignis nicht gegeben, so hätte dies nicht bedeutet, dass es tatsächlich nicht stattgefunden habe. Aber wenn ein Kommandeur ein Ereignis nicht dementiert, ist es ein Indiz dafür, dass das Ereignis eine Tatsache ist.

Auf Antrag der militärischen Staatsanwaltschaft führte die Polizei kurz darauf eine Redaktionsdurchsuchung durch. Das gesamte Archiv wurde im Computer gespeichert. Später stellte der Herausgeber die Zeitschrift ein.

Doch der Anlass, der zur Schließung der Nokta führte, war nicht das Putsch-Tagebuch. Die Nokta hatte ein weiteres sehr wichtiges Dokument veröffentlicht: Es datiert aus dem Jahr 2004 und betraf die

Geheimdienstabteilung des Generalstabs. Dem Dokument zufolge hatte sich das Militär mit fast 300 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Verbindung gesetzt. Ziel war es, ein Bündnis herzustellen. Sollte ein Vereinsvorsitzender oder Stiftungspräsident sich einer solchen Zusammenarbeit verweigern, sollte darauf hingearbeitet werden, ihn durch eine „passendere Person“ zu ersetzen.

Es war insbesondere die Veröffentlichung dieses Dokuments, die die heute amtierende Militärführung verärgerte. (Weiter unten wird ihre Reaktion verständlich.)

Die türkischen Medien, insbesondere ihre demokratischen Autoren, begannen bereits ab April 2005 darauf hinzuweisen, dass die Wahl des Staatspräsidenten 2007 problematisch würde.

Sie waren keine Astrologen. Gemäß der Verfassung von 1982 bestimmt der Staatspräsident die oberste Führungsspitze des Staates. Der Einzug eines AKP-Politikers ins Çankaya Palais, den Amtssitz des Staatspräsidenten, verstieß sowohl gegen die Ideologie der bürokratischen Elite wie er auch ihren materiellen und ideellen Interessen zuwiderlief. Ich möchte insbesondere unseren deutschen Freunden mit einem Beispiel erklären, wie die Mühlen der Privilegien arbeiten.

Durch ihre Stimmen machen die Angehörigen der Universität deutlich, wen sie als Rektor haben wollen. Doch diese Wahl ist nur eine Show. Die sechs Kandidaten mit dem höchsten Stimmresultat werden dem Hohen Hochschulrat (YÖK) übermittelt, der die Liste auf drei Personen verkürzt und dem Staatspräsidenten vorlegt. Der Präsident wiederum ernennt einen von ihnen zum Rektor der jeweiligen Universität. Dabei gibt es weder die Regel noch das Prinzip, dass der Kandidat mit den meisten Stimmen ernannt wird. Dies zeigt, dass ein Lehrstuhlinhaber nur mit seiner eigenen Stimme, d.h. mit einer Stimme, Universitätsrektor werden kann: Wichtig ist nur, dass er sich der Ideologie der bürokratischen Elite, dem „Kemalismus“, verbunden

fühlt und das System der Privilegien nicht durchkreuzt.

Halten Sie meine Darstellung des Mechanismus der Rektorenwahl nicht für übertrieben. Zwar nicht mit einer, sondern mit zwei Stimmen hat es sich so ereignet.

Staatspräsident Ahmed Necdet Sezer hat einen Lehrstuhlinhaber mit nur zwei Stimmen (die eine war seine eigene, die andere die seiner Frau) zum Rektor ernannt. Das Rektorenamt ist insbesondere in den kleinen und mittleren anatolischen Städten ein wichtiges Amt. Doch liegt dies nicht an der Rolle des Rektors bei der Ausbildung.

Der eigentliche Grund ist folgender: Mit Hilfe der Universitäten, die häufig nicht über eine verbesserte Oberschule hinauskommen, überträgt der Staat Ressourcen an die anatolischen Städte.

Die Kontrolle dieser Ressourcen liegt in den Händen der Rektoren. Aufgrund ihres Einflusses auf das ökonomische Leben der Stadt genießen sie einen sehr hohen sozialen Status. Sie selbst fahren in luxuriösen Dienstwagen herum, wohnen in gut ausgestatteten Dienstwohnungen und verfügen über finanzielle Möglichkeiten, weil sie ihr Gehalt nicht antasten müssen.

Diese Rektoren, die ihre Aufmerksamkeit darauf verwenden, Mädchen mit Kopftüchern nicht in die Universitäten einsickern zu lassen, die die verschiedenen Aktivitäten des Campus unter dem Blickwinkel des Kemalismus, dem sie verbunden sind, verfolgen, behindern oder anzeigen, befinden sich zugleich in der Position eines Wächters des Regimes.

Die bürokratische Elite Ankaras will keinen AKP-Staatspräsidenten, weil er Sand ins Getriebe dieser und ähnlicher Privilegienmühlen werfen könnte.

Doch diese Tatsache wird niemals in dieser einfachen Form ausge-

sprochen. Es wird stattdessen beispielsweise gesagt, es verstoße gegen das Laizismusprinzip und entspreche nicht dem Bild der modernen Türkei, wenn ein Mann im Çankaya Palais residierte, dessen Frau Kopftuch trägt.

Doch kehren wir zu unserer Geschichte zurück.

Zwar waren die „sarıkız“ und die „ay ışığı“ Junta erfolglos, doch wurden die Aktivitäten zu verhindern, dass ein AKP-Staatspräsident gewählt werde, fortgesetzt.

Der Angelegenheit hatten sich auch „dunkle Kräfte“ angenommen.

Eine ihrer Aktionen fand am 17. Mai 2006 statt. Der Rechtsanwalt Alparslan Aslan betrat den Verwaltungsgerichtshof und eröffnete das Feuer auf die Mitglieder der zweiten Kammer. Der Richter Mustafa Yücel Özbilgin wurde dabei getötet.

Aufgrund eines großen Glücksfalls wurde Rechtsanwalt Aslan verhaftet. Wäre er entkommen, so hätte man ihn mit größter Wahrscheinlichkeit nicht erwischt, denn – was für ein Zufall – an diesem Tage waren alle Sicherheitskameras des Verwaltungsgerichtshofs defekt.

Noch bevor sich herausgestellt hatte, was passiert war, erklärten einige, allen voran Staatspräsident Ahmed Necdet Sezer, dass der Angriff der „laizistischen Republik“ gegolten habe.

Als Folge wurden Regierungsmitglieder beim Begräbnis von Özbilgin von laizistischen Kreisen ausgebuht.

Aber kurz darauf stellte sich heraus, dass Rechtsanwalt Aslan auch für den Wurf von Handgranaten in den Garten der als erzlaizistisch geltenden Tageszeitung Cumhuriyet einige Tage vor dem Anschlag auf den Verwaltungsgerichtshof verantwortlich sein sollte.

Die Polizei stellte eine Verbindung zwischen Rechtsanwalt Aslan und der Führung der in der Bevölkerung „Kuvaıcı“ genannten Vereine fest (die Kuvaıcı waren eine Volksbefreiungsbewegung, die ab 1919 für die Gründung der türkischen Republik kämpfte).

Der Darstellung des polizeilichen Geheimdienstes zufolge war Rechtsanwalt Aslan ein Profi, den man als Islamist auszugeben versuchte.

Lassen Sie uns gleich noch eine weitere Verbindung herstellen. Ungefähr ein Jahr nach dem Angriff auf den Verwaltungsgerichtshof wurde aufgrund eines Hinweises in Istanbul-Ümraniye eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei wurden 27 Handgranaten, TNT-Stangen und Zünder gefunden. Aufgrund der Ermittlungen wurden Personen festgenommen, die wiederum den Kuvaıcı zugerechnet werden.

Mit der fortschreitenden Untersuchung stellte sich heraus, dass die gefundenen Handgranaten der gleichen Serie entstammen wie die auf die Cumhuriyet geworfenen. Die Quelle dieser von der Makina Kimya Endüstrisi hergestellten Handgranaten war das Heer.

Ein weiteres merkwürdiges Detail ist, dass die Cumhuriyet ihren Lesern solange verheimlichte, dass die Handgranaten aus Heeresbeständen stammten, bis sie von anderen Medien dafür kritisiert wurde.

In der Zwischenzeit arbeitete der Chefredakteur der Cumhuriyet, ein Erzlaizist, daran, die AKP zu behindern und zu stürzen, wobei er nicht vor der Gründung verblüffender Bündnisse zurückschreckte.

Die Leser der Cumhuriyet haben in den 1970er Jahren von den paramilitärischen und streitsüchtigen jungen Leuten aus dem Umkreis der MHP, die „Idealisten“ genannt wurden, gehörig Prügel bezogen. Manche wurden auch getötet.

Aus diesem Grunde betrachteten die Cumhuriyet Leser und Anhänger der MHP einander nicht unbedingt mit Sympathie. İlhan Selçuk jedoch schuf eine Verbindung zur MHP. Ziel war es, ein Bündnis zu schaffen, dem in der Öffentlichkeit der Name „kıızıl elma“ (roter Apfel) gegeben wurde, um zwei Lager von Nationalisten gegen die AKP zusammenzuschließen. Bei einigen Ereignissen wurde diese Einheit tatsächlich auch hergestellt... Ein anderer wichtiger Verbündeter von Selçuk war Staatspräsident Sezer. Man hatte geglaubt, als er ins Çankaya Palais einzog, Sezer werde unparteiisch und demokratisch sein. Doch als 2002 die AKP die Wahl gewann, änderte sich seine Haltung grundlegend. Er wurde republikanischer als die Republikanische Volkspartei. Er verfolgte eine harte laizistische Linie. So hat er beispielsweise zu Empfängen im Palais die Abgeordneten, deren Frauen kein Kopftuch tragen „mit Gattin“, die übrigen „ohne Gattin“ eingeladen.

Eine andere Besonderheit Sezers besteht darin, dass er sich von einigen Ausnahmen abgesehen, von den Medien fernhielt. İlhan Selçuk gehört zu den Journalisten, mit denen er in Verbindung steht. Ein anderer war Tuncay Özkan, ein Vertreter der „Roten Apfel Koalition“, der unter dem Deckmantel des Journalismus mit dem von ihm geführten Fernsehsender „Kanal Türk“ Politik betreibt.

İlhan Selçuk rief Staatspräsident Sezer als „dritten Mann“ aus. Die Quelle dieser Bezeichnung war der Publizist Şevket Süreyya Aydemir, der in einer von ihm geschriebenen Biographie Atatürk als „ersten Mann“ und İsmet İnönü als „zweiten Mann“ bezeichnete. Nun nannte İlhan Selçuk Ahmed Necdet Sezer den „dritten Mann“.

In der Zwischenzeit liefen die Versuche weiter, die nationale Sensibilität in der Gesellschaft zuzuspitzen.

Unter der Führung pensionierter Offiziere und Unteroffiziere wurden im ganzen Land „Kuvaıcı“ Vereine gegründet (abgeleitet von der „Kuva-yı Milliye“, den „nationalen Kräften“ im Befreiungskrieg).

Die Führer dieser Vereine behaupteten, die Türkei befinde sich, genau wie zur Zeit des Befreiungskriegs, im Belagerungszustand und ließen Personen, die sie um sich scharten, die Hand auf eine Waffe gelegt, schwören: „Für die Rettung des Landes wenn nötig zu sterben oder zu töten...“

Eine andere Aktivität dauerte auf publizistischem Gebiet an. Die Regale der Buchhandlungen füllten sich mit nationalistischen Büchern, die paranoide Komplotttheorien vertraten. In diesen wurde erklärt, die USA, die Europäische Union und Israel arbeiteten an der Spaltung der Türkei.

Auch wurden Bücher Mode, die von Atatürk und dem Befreiungskrieg berichteten. Das bekannteste von ihnen war „die tollkühnen Türken“ von Turgut Özakman, einem Theaterautor und Amateurhistoriker.

Obwohl dick wie ein Ziegelstein wurde der leicht zu lesende und mit einer populären Ausdrucksweise geschriebene historische Roman in kurzer Zeit zum Bestseller.

Statt „wurde“ könnte man auch sagen „wurde gemacht“, denn es drang an die Öffentlichkeit, dass innerhalb der Armee die Lektüre und Lesungen daraus befohlen wurden.

Es gab weitere Aktivitäten, um die Öffentlichkeit auf künftige Spannungen vorzubereiten.

So erschien im November 2006 in der Zeitschrift Newsweek ein Beitrag von Zeyno Baran, der am Hudson Institut in Washington als Direktor für Eurasien und Türkeiexperte arbeitet.

In dem Artikel behauptet er, dass, wenn die AKP allein den Staatspräsidenten wählte, die Gefahr eines Putsches Fünfzig zu Fünfzig stehe.

Der Artikel wurde stark kritisiert. Zeyno Baran sagte zunächst, dass seine Quelle ein hochrangiger Kommandeur sei. Dies steigerte die Reaktionen weiter, denn der stellvertretende Generalstabschef General Ergin Saygun hatte kurz vor der Veröffentlichung des Artikels das Hudson Institut besucht. Auf diese Reaktion hin änderte Baran seine Version und erklärte, er habe die Information von einem niederrangigen Offizier.

Eine andere Vorbereitung dauerte auf rechtlichem Gebiet an. Die Juristen, selbst Teil der bürokratischen Elite, versuchten Wege zu finden, wie die Wahl eines AKP-Politikers zum Staatspräsidenten verhindert werden könnte.

Schließlich fanden sie in der mit schlechter Sprache geschriebenen Verfassung von 1982 einen Schwachpunkt. Der Staatspräsident wird in vier Wahlgängen gewählt. Bei den ersten beiden Touren sind 367 Stimmen (d.h. zwei Drittel aller Abgeordneten) erforderlich. Im dritten Wahlgang genügt die absolute Mehrheit (d.h. 276 Stimmen). Die AKP verfügte über 353 der 550 Sitze des Parlaments. So wie bereits früher Turgut Özal (1989) und Süleyman Demirel (1993) würde auch ein von der AKP gestellter Kandidat im dritten Wahlgang gewählt werden.

Doch der pensionierte Generalstaatsanwalt am Kassationsgerichtshof Sabih Kanadoğlu stellte die These auf, dass 367 Abgeordnete nicht nur die erforderliche Mehrheit, sondern zugleich auch die Beschlussfähigkeit betreffen.

Diejenigen, die vorausgesagt haben, dass es im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl zu Spannungen kommen werde, irrten nicht. Die erwarteten Morde und Bombenanschläge traten ein.

In Trabzon wurde der katholische Priester Santoro getötet. Der armenische Journalist Hrant Dink wurde durch einen Schuss in den Nacken ermordet. In Malatya wurden ein deutscher protestantischer Missionar

und seine Freunde auf brutale Weise abgeschlachtet.

Am Begräbnis von Hrant Dink nahmen mehr als Hunderttausend Menschen teil. In ihren Händen trugen sie Parolen wie „Wir sind alle Armenier“ und „Wir alle sind Hrant Dink“.

Die nationalen Kräfte griffen auch dies an: So wurde bei einem Fußballspiel in Malatya ein Transparent geöffnet, auf dem in Anspielung an den Mörder Dinks geschrieben stand: „Wir alle sind Ogün Samast.“ Einige Medien behaupteten, Dink habe selbst Schuld gehabt. Die Spannungen nahmen zu.

Unter diesen Vorzeichen brach der April an. Die allgemeine Erwartung war, dass Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan für das Präsidentenamt kandidieren werde. Der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei Deniz Baykal hatte seine ganze Strategie darauf aufgebaut, Erdoğan zu behindern.

Doch im letzten Moment nannte Erdoğan seinen langjährigen Mitstreiter Abdullah Gül, der während seiner Inhaftierung, vorübergehend das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, Außenminister und Gründungsmitglied der AKP war.

Einige Tage nach Güls Kandidatur machte Generalstabschef Yaşar Büyükanıt seine seit einiger Zeit erwartete Pressekonferenz. Er sagte, dass der Terror der PKK zunehmen werde und darum eine Intervention im Nord-Irak erforderlich sei. Natürlich läge die Entscheidung bei der Regierung.

Auf eine Frage hin sagte General Büyükanıt, dass er im Çankaya Palais jemanden sehen wolle, der den Prinzipien der Republik nicht nur mit Worten, sondern mit seinem Wesen verbunden sei. Die Entscheidung aber läge beim Parlament. Die Rede wurde als gemäßigter als erwartet bewertet. Es wird sogar behauptet, dass Emin Çölaşan, ein fanatischer AKP-Gegner und Erzlaizist, im Anschluss an die Pressekonferenz in

Vor den Parlamentswahlen – Innenpolitische Entwicklungen und Erwartungen

Anspielung auf Hilmi Özkök, der 2004 einen Putsch verhindert hatte, gesagt habe: „Den haben wir auch verloren.“

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Türkei Zeuge der interessanten Zusammenführung von Politik und Soziologie bei den „republikanischen Kundgebungen“.

Sie wurden von ca. 300 zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgeblich zur Verteidigung der Republik, eigentlich jedoch als Protest gegen die Regierung und Warnung an die AKP vorbereitet. Es sollten Großkundgebungen durchgeführt werden.

Bei der Organisation stach der inzwischen pensionierte General Şener Eruygur, der den Vorsitz des Vereins zur Förderung des Gedankenguts Atatürks übernommen hatte, hervor. Auch die Kuvaıcı Vereine halfen mit.

Zu den führenden Organisationen gehörte der kemalistische Verein zur Förderung des modernen Lebens.

Die Kundgebungen begannen am 14. Mai auf dem Tandoğan Platz in Ankara. Ungefähr eine Million Menschen mit türkischen Fahnen und Atatürk-Postern füllten den Platz.

Um dies zu gewährleisten, waren auch die Universitäten einbezogen worden. In einigen Universitäten wurden Prüfungen verschoben und Studenten mit Bussen nach Ankara gebracht.

Natürlich waren es nicht nur Studenten auf dem Platz. Auch die Aleviten, die sich vor den Sunniten fürchten, ein Bündnis mit der bürokratischen Elite eingingen und ihre Stimmen der CHP geben, waren dort.

Die Mittelschicht, die am 27. Mai 1960 beim Putsch gegen Adnan Menderes' Demokratische Partei auf die Panzer stieg, um die Soldaten

zu küssen, war bei den Kundgebungen. Die Besonderheit dieser Mittelschicht ist, dass sie Status und Einkommen durch Diplome erwirbt: Rechtsanwälte, Ärzte und Ingenieure ...

Junge Frauen im Minirock und Dekolletee, die glaubten, die AKP werde das Schariat einführen, gaben den Kundgebungen eine attraktive Erscheinung. Die „Verteidigung des Lebensstils“ wurde politisiert.

Die Kundgebungen wurden in Istanbul, Manisa und Izmir fortgesetzt. Ein Ereignis in Izmir war ziemlich aufschlussreich: Die Rede der Vorsitzenden des Vereins zur Unterstützung zeitgemäßen Lebens Türkan Saylan, die den Slogan „Weder Schariat noch Putsch“ benutzte, wurde verhindert.

Verwunderlich war es eigentlich nicht, schließlich arbeiteten die Organisatoren der Kundgebung daran, die Atmosphäre für einen Putsch zu schaffen. Sie versuchten ein Klima herbeizuführen, das einen Putsch legitimieren würde.

Andererseits blieb dunkel, wie die Kundgebungen, an denen Hunderttausende teilnahmen, finanziert wurden. Eine stichhaltige Erklärung wurde nicht gegeben. Es wurde nur ein Dokument gefunden, dass Staatspräsident Sezer dem Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks eine Spende über 225.100 YTL gemacht hatte (ca. 190.000 \$).

Jedoch wurde Sezer von niemandem beschuldigt, denn dieser Verein, der am Sturz der Regierung arbeitete, hatte 1993 durch Kabinettsbeschluss den Status der Gemeinnützigkeit erhalten. Es war offensichtlich, dass Sezer die Aktivitäten des Vereins zur Förderung des Gedankenguts Atatürks als gemeinnützig ansah.

Die Kundgebungen wurden von vielen Vereinen und Stiftungen vorbereitet, die über das Erscheinungsbild zivilgesellschaftlicher Organisationen verfügten, im eigentlichen Sinne jedoch „zivile

Vor den Parlamentswahlen – Innenpolitische Entwicklungen und Erwartungen

Staatsorganisationen“ waren. Mit dem Begriff des französischen kommunistischen Philosophen Althusser war es der „ideologische Apparat des Staates“.

In der Zwischenzeit hatte sich die politische Polemik beträchtlich verschärft. Der CHP-Vorsitzende Deniz Baykal sagte: „Sie müssen sich mit uns verständigen... Andernfalls werden wir zur Annullierung der ersten Abstimmungstour das Verfassungsgericht anrufen.“

Die Position, dass 367 Abgeordnete erforderlich sind, wurde nicht nur von einzelnen Personen oder Parteien vertreten. Der Präsident des Hohen Hochschulrats Prof. Erdoğan Teziç traf in Ankara mit den vom ihm selbst berufenen Rektoren zusammen.

Danach veranstaltete er eine Pressekonferenz und erklärte in der Posse eines Parteiführers: 367 sind erforderlich.

Und dann fand die erste Abstimmungstour statt.

Gül war der einzige Kandidat. Die AKP Abgeordneten waren vollzählig im Plenarsaal versammelt. Die CHP-Abgeordneten fehlten.

Wie würde sich wohl die geringe Zahl der Abgeordneten der Mutterlandspartei und der Partei des Rechten Weges verhalten?

Beide Parteien betraten den Plenarsaal nicht.

Auf diese Weise erreichte Gül nicht die Zahl von 367 Stimmen.

Die CHP rief das Gericht an. Welche Entscheidung wird das Verfassungsgericht treffen?

Während alle auf die Entscheidung warteten, gab es zwei wichtige Ereignisse: Um Mitternacht am Freitag den 27. April wurde auf der Webseite des Generalstabs eine ziemlich harte Erklärung veröffentlicht. In der nicht unterzeichneten Erklärung, die nicht den bekannten

Stil von General Büyükanıt trägt, wird die AKP-Regierung einer an der Scharia orientierten Haltung beschuldigt. Kurz gefasst zielte die Erklärung darauf, der AKP den Weg zu verstellen. Noch bevor das Verfassungsgericht seine Entscheidung fällte, gab es ein zweites wichtiges Ereignis. Der Führer der CHP, der größten Oppositionspartei, Deniz Baykal sagte: „Wenn nicht entschieden wird, dass 367 Abgeordnete erforderlich sind, bricht ein Bürgerkrieg aus.“

Sowohl mit der Interneterklärung, die „elektronisches Memorandum“ genannt wurde, wie auch mit Baykals Erklärung, wurde offen Druck auf das Verfassungsgericht ausgeübt.

Sezer, der, bevor er 2000 zum Staatspräsidenten gewählt wurde, Verfassungsgerichtspräsident war, hatte einige Tage zuvor erklärt, das Verfassungsgericht müsse gegenüber der Regierung eine ausgleichende Rolle spielen.

Dies gleicht der Zuerkennung von zwei unverdienten Elfmeter durch den Schiedsrichter für eine Mannschaft, die 2:0 im Rückstand liegt.

Das Verfassungsgericht war ein „technisches Gericht“. Es stellte fest, ob Gesetze oder einzelne Maßnahmen im Einklang mit der Verfassung standen oder nicht. Staatspräsident Sezer schrieb ihm eine politische Rolle zu und empfahl ihm, sich der AKP entgegenzustellen.

Schließlich erfolgte, was erwartet wurde. Das Verfassungsgericht entschied, dass „367 erforderlich“ sind. Die Urteilsbegründung konnte das Gericht erst 57 Tage später vorlegen.

In der von allen Seiten kritisierten Urteilsbegründung wird festgestellt: „Der Staatspräsident muss in Übereinkunft gewählt werden.“

Das Interessante ist nun: Weder im Artikel zur Präsidentenwahl noch in einem anderen Artikel – d.h. an keiner Stelle der 177 Artikel der Verfassung – tauchen Worte wie „Konsens“, „Übereinstimmung“ oder

„Verständigung“ auf.

Um seine „ausgleichende Funktion“ ausüben zu können, wurde ein zuvor nicht vorhandener Begriff in die Verfassung eingeführt, um die Entscheidung treffen zu können. Damit wurde offensichtlich, dass es sich nicht um eine „rechtliche“, sondern eine politische Entscheidung handelte.

Auf diese Weise konnte die Türkei ihren 11. Staatspräsidenten nicht wählen. Der amtierende Staatspräsident führt das Amt weiter.

Wie von der Verfassung vorgesehen, wurden unverzüglich Wahlen abgesetzt. Daraufhin entschied das Parlament auf Initiative der AKP, dass der Staatspräsident für fünf Jahre (und eine weitere Amtszeit) vom Volk direkt gewählt werden soll.

Die CHP hat auch gegen diesen Beschluss das Verfassungsgericht angerufen. Jeder war erstaunt, dass das Gericht dieses Gesetz verfassungskonform fand.

Die Ereignisse jedoch rissen nicht ab.

In Ankara wurden bei einem Selbstmordanschlag an einer Bushaltestelle wartende Bürger getötet.

Danach verstärkte die PKK ihre Anschläge. Jeden Tag begannen Nachrichten von Gefallenen einzugehen.

In anatolischen Städten begannen sich die Begräbnisse gefallener Soldaten in Demonstrationen gegen die Regierung zu verwandeln. In Moscheen und bei den Beerdigungen wurde „Mörderregierung“ gerufen.

Durch die Kundgebungen war versucht worden, Stimmen für die CHP zu sammeln. Nun begann der Aufstieg der MHP.

In der Zwischenzeit hat die Regierung Vorkehrungen getroffen: So wurden die Beerdigungen gefallener Soldaten auf Video aufgezeichnet. Bei der Untersuchung der Aufzeichnungen stellte sich heraus, dass es immer dieselben Personen waren, die die Begräbnisse in eine politische Show verwandelten. Daraufhin hörten die Demonstrationen auf.

Eine andere Maßnahme war das Vorgehen gegen die Kuvaici Organisationen. Eine große Zahl von Bandenmitgliedern wurde mit Waffen und Bomben festgenommen.

Im Ergebnis der oben geschilderten Ereignisse konnte die Türkei nicht im vorgesehenen Zeitrahmen ihren 11. Staatspräsidenten wählen und hielt am 22. Juli ihre Parlamentswahl ab.

Der Traum der AKP-Gegner war, dass die Wahlurnen eine CHP-MHP Koalition hergäben. Auf diese Weise würde der zu wählende neue Staatspräsident eine Person sein, die die Privilegien der bürokratischen Elite nicht anrührte.

Doch das Wahlergebnis ließ diese Träume ins Wasser fallen. Die AKP konnte ihr Stimmauftommen steigern und wurde mit 46,5 % stärkste Partei. Mit einer aktuellen Ausdrucksweise wurde eine von zwei Personen zu einem AKP-Wähler. Die Partei hatte endlich das Recht, den Staatspräsidenten zu bestimmen.

Doch während ich diese Zeilen schreibe, sagt Deniz Baykal: „Wenn die AKP ohne sich mit uns zu verständigen, den Staatspräsidenten wählt, werden Kämpfe ausbrechen.“

Die Haltung der bürokratischen Elite und ihres verlängerten politischen Arms hatte sich nicht verändert. Der Kampf ums Çankaya Palais ging an dem Punkt weiter, wo er geendet hatte.